

INFORMATIONEN AUS LAND UND KREIS

SCHULEN FEHLT ES AN ALLEM

Die Landesregierung hat noch immer kein Gesamtkonzept für den Schulunterricht von Flüchtlingen. Es fehlt an verbindlichen Vorgaben, an altersgerechten Lehrplänen für die Sprachförderung, an Unterrichtsmaterialien, an Räumen und an einem Übergangsmangement der Flüchtlingskinder und -jugendlichen in den Regelunterricht. Vor allem aber fehlt es an Lehrkräften, die den notwendigen Sprachunterricht qualifiziert durchführen können.

Die Schulen fühlen sich zu Recht alleingelassen.

Die zur Schulförderung vorgesehene Schulpause des Landes wurde seit Amtsantritt von Rot-Grün nicht mehr erhöht; der Landeshaushalt stieg dagegen im selben Zeitraum um fast ein Drittel. Der zum Teil unerträgliche Zustand der Schulgebäude belegt, dass den Kommunen die dringend notwendigen Investitionsmittel fehlen. Hier muss dringend etwas getan werden.

WAHL DES CDU-KREISVORSTANDS

Auf dem Kreisparteitag in Oedt am 5. März 2016 wurde die Spitze der Kreis-CDU im Amt bestätigt.



Kreisvorsitzender Marcus Optendrenk erhielt 93 Prozent der Stimmen, seine Stellvertreter Uwe Schummer, Dr. Stefan Berger,

Luise Fruhen und Michael Aach wurden ebenfalls mit hohen Stimmergebnissen von den 292 anwesenden Mitgliedern wieder gewählt. Schatzmeister Dr. Volker Müller erhielt 95,8 Prozent.

Als Beisitzer wurden gewählt: Peter Fischer (Kempen), Anne Daniels (CDA, Viersen), Dr. Christian Lange (Nettetal), Claudia Wolters (Brüggen), Sonja Fücken-Kurzawa (Willich), Reinhard Maly (Senioren-

Themen dieser Ausgabe:

Bundesautobahngesellschaft nicht blockieren	2
Ministerin Schulze auf dem letzten Platz	2
Kennzeichnungspflicht von Polizisten	2
Sprache und Mentalität früh kennenlernen	3
Kommunen bleiben auf Kosten sitzen	3
Mehr Sicherheit im ÖPNV	4
Immer größeres Wachstumsdefizit	4
Betreuungsschlusslicht NRW	4
Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge	5
NRW braucht Pflegekammer	5
Löhrmann verweigert volle Transparenz	5
Kooperation statt Konfrontation	6
Gesetzentwurf zur Schleierfahndung gefordert	6

Union), Angelika Feller (Tönisvorst) und Andrea Wolfers (Grefrath).

Das Ergebnisprotokoll, Berichte und weitere Informationen finden Sie unter www.cdu-kreisviersen.de

BUNDESAUTOBAHNGESELLSCHAFT NICHT BLOCKIEREN

Die Länder sind für die Planung von Bundesfernstraßen verantwortlich, der Bund bezahlt nur den Bau für rechtskräftig planfestgestellte Straßen. Für einen Euro Planungskosten erhalten die Länder ca. 9 Euro an Baukosten.



Seit Rot-Grün regiert, kann Nordrhein-Westfalen wegen massiver Planungsversäumnisse nicht mehr genug Bundesgelder abrufen. So musste NRW 2013 wegen fehlender Planung 48 Millionen Euro an den Bund zurückgeben. Diese Mittel flossen in andere Länder wie z.B. Bayern, das eine Planungsreserve in Höhe von 2 Milliarden Euro hat. 2015 bekam unser

Land aus dem sogenannten Dobrindt-Programm von 2,7 Milliarden Euro nur 128 Millionen Euro für den Neubau von Bundesfernstraßen; es wurden 79 Millionen Euro weniger Bundesmittel abgerufen als im Jahr 2014.

Unter anderem wegen dieser Versäumnisse forciert Bundesverkehrsminister Dobrindt die Gründung einer bundeseigenen Gesellschaft, die sich um den Erhalt und Ausbau der Autobahnen kümmern soll. Die zwischen Bund und Ländern geteilten Kompetenzen würden zentral gebündelt. So könnten Investitionsstaus verhindert werden, weil Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen bei der Baureife von Straßen hinterherhinken.

MINISTERIN SCHULZE AUF DEM LETZTEN PLATZ

Jedes Jahr bringt der Deutsche Hochschulverband (DHV) ein Ministerranking heraus, bei dem der Verband seine Mitglieder deutschlandweit befragt, wie sie die Arbeit der Landeswissenschaftsminister und der Bundesministerin bewerten.

SPD-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze wurde dabei in 2016 auf dem letzten Platz aller Bundesländer platziert.

2011, gerade frisch ins Amt gekommen und ein unbeschriebenes Blatt, stand sie vergleichsweise hoffnungsvoll noch auf Platz 9. Danach ging es bergab: 2012 und 2013 auf Platz 11, 2014 Platz 14, 2015 Platz 13 (aber nur, weil nur 14 Minister bewertet wurden) und schließlich der letzte Platz im Jahr 2016.

KENNZEICHNUNGSPFLICHT VON POLIZISTEN

Laut Medienberichten plant die rot-grüne Landesregierung wieder einmal eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte. Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion ist dies ein herber Schlag ins Gesicht unserer Polizistinnen und Polizisten.

Der Vorstoß zeigt ein erhebliches Misstrauen der Landesregierung gegenüber den Polizisten in unserem Land. Offenkundig geht man davon aus, dass von unserer Polizei eine Gefahr für die Bevölkerung ausgeht. Das ist eine Respektlosig-

keit gegenüber den Beamtinnen und Beamten, die jeden Tag ihren Kopf für die verfehlte Innenpolitik hinhalten müssen.

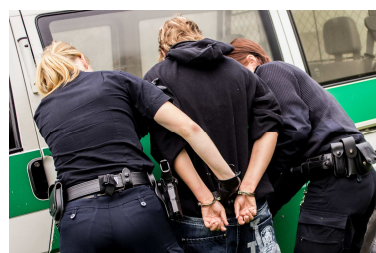


Foto: © jonasginter - Fotolia

Statt eines Generalverdachts sollte Innenminister Jäger den Rücken der Polizistinnen und Polizisten stärken und sie vor Übergriffen beispielsweise durch Body-Cams schützen.

SPRACHE UND MENTALITÄT FRÜH KENNENLERNEN



Die bestehenden Kontakte zwischen Schulen auf der deutschen und der niederländischen Seite der Grenze müssen

intensiviert und neue Kontakte hergestellt werden. In einem Gespräch im Euregio-Haus in Mönchengladbach zwischen Marcus Optendrenk und dem Geschäftsführer Rhein-Maas-Nord, Andy Dritty, sagte Dritty zu, den Städten und Gemeinden, aber auch Schulen und Kindergärten bei der Suche nach Partnern im niederländischen Grenzland zu helfen.

Optendrenk: „Gerade hier bei uns ist es wichtig, dass die jungen Menschen schon früh Kontakte zu den Nachbarn und gemeinsame Erlebnisse haben und auch die Sprache des Nachbarn verstehen.“ Dabei sollen Kooperationen zwischen Schulen in den beiden Grenzregionen sowie eine mögliche Förderung über Mittel des Interreg-Programms, der Provinz Limburg, des Deutsch-Niederländischen Jugendwerkes und anderer Partner helfen.

Die Euregio will Projekte und Kooperationen von Partnern beiderseits der Grenze begleiten und unterstützen. Interessenten dürfen sich gerne direkt melden unter marcus.optendrenk@landtag.nrw.de oder unter 02162-29011.

KOMMUNEN BLEIBEN AUF KOSTEN SITZEN

Im vergangenen Jahr kam es bei 22 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden zu erheblichen negativen Abweichungen zwischen der gesetzlichen und der tatsächlichen Zuweisungsquote von Flüchtlingen. Das bedeutet, dass allein vom Land fast 25.000 Flüchtlinge nicht nach den gesetzlichen Vorgaben verteilt wurden. Die Kommunen, denen mehr Asylbewerber zugewiesen wurden als nach gesetzlichem Schlüssel vorgesehen, bleiben auf den zusätzlichen Kosten sitzen.

Zudem fehlen den Städten und Gemeinden im Kreis Viersen für die Unterbringung, Versorgung und Integration von Flüchtlingen insgesamt 6,3 Millionen Euro. Denn nach dem aktuellen Gesetzentwurf der Landesregierung zur Flüchtlingspauschale wird nicht die Zahl der Flüchtlinge zum 1. Januar 2016 zum Maßstab der Höhe der Landesmittel genommen, sondern ein Prognosewert aus dem Oktober vergangenen Jahres. Dabei lebten in den nordrhein-westfälischen Kommunen zum Jahresbeginn 217.000 anstatt 181.000 Flüchtlinge. Für landesweit 35.000 Flücht-

linge sehen die Kommunen demnach keinen Cent.



Foto: © Zerbor - Fotolia

Die Städte und Gemeinden im Kreis Viersen müssen die Differenz zwischen Landesgeld und tatsächlichen Kosten ausgleichen:

Brüggen 365.709 Euro, Grefrath 322.619 Euro, Kempen 737.913 Euro, Nettetal 880.978 Euro, Niederkrüchten 363.254 Euro, Schwalmtal 408.274 Euro, Tönisvorst 617.134 Euro, Viersen 1.521.921 Euro und Willich 1.039.703 Euro.

Stefan Berger: „Der Innenminister scheint die Übersicht bei der Zuweisung von Flüchtlingen und bei der entsprechenden Verteilung der Flüchtlingspauschale mittlerweile völlig verloren zu haben. Die Verteilung der Landesmittel muss umgehend nach der tatsächlichen Anzahl der Flüchtlinge berechnet werden. Die Kommunen dürfen nicht für die massiven Fehler des Innenministeriums herhalten.“

MEHR SICHERHEIT IM ÖPNV

Etwa sechs Millionen Menschen nutzen jeden Tag Busse und Bahnen in Nordrhein-Westfalen. Sie haben – ebenso wie Zugbegleiter und Fahrpersonal – ein Recht auf ein hohes Maß an Sicherheit. Dies zu gewährleisten ist eine gemeinsame Aufgabe des Staates und die grundsätzliche Verpflichtung aller Verkehrsunternehmen.

Daher hat die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag eingebracht, der unter anderem ein Sofortprogramm für mehr Sicherheitspersonal und Zugbegleiter sowie ein Sicherheitskonzept für den Öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen

fordert. Darüber hinaus sollen ein Testprogramm „Busse mit Fahrerschutzkabinen“

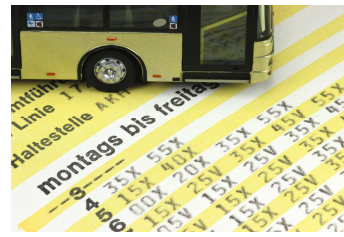


Foto: © Wylezich - Fotolia

in Schwerpunktgebieten gestartet und die Videoüberwachung und Live-Beobachtung in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie im unmittelbaren

Umfeld von Bahnhöfen und Haltestellen ausgebaut werden. Denn es ist erwiesen, dass offen sichtbare Videotechnik abschreckend auf potentielle Straftäter wirkt.

IMMER GRÖßERES WACHSTUMSDEFIZIT

Seit 1991 wächst die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich. Zwischen 1991 und 2012 wuchs die Wirtschaft in unserem Land jedes Jahr durchschnittlich um 0,4 Prozentpunkte langsamer als im bundesdeutschen Schnitt.



Foto: © bluedesign - Fotolia

Unter Rot-Grün hat sich die Wachstumslücke im vergangenen Jahr laut aktuellem Konjunkturbericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung auf 0,8 Prozentpunkte sogar verdoppelt.

Hätte Nordrhein-Westfalen das Wachstum anderer Bundesländer, würde das Land jedes Jahr rund 3 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen erzielen. Rot-Grün muss daher dringend den bisherigen wirtschaftsfeindlichen Kurs aufgeben und Impulse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze setzen. Dazu gehören beispielsweise eine Abschaffung der Wirtschaft belastender Gesetze und Vorgaben (Tariftreue- und Vergabegesetz, Klimaschutzgesetz, Klimaschutzplan, Landeswassergesetz, Landesnaturschutzgesetz), die Verabschiedung eines an Wachstum und Beschäftigung orientierten Landesentwicklungsplans, die Senkung der Abgabenlast

und mehr Investitionen in Infrastruktur, insbesondere in den Breitbandausbau.

Nur so kann Nordrhein-Westfalen sein Wachstumsdefizit verringern und endlich wieder die bundesweite Stellung einnehmen, die ihm aufgrund seiner Größe und potenziellen Wirtschaftskraft zusteht.

BETREUUNGS-SCHLUSSLICHT NRW

Wie bereits 2014 belegte Nordrhein-Westfalen auch im letzten Jahr mit rund 26 Prozent bei der U3-Betreuungsquote den letzten Platz im bundesweiten Vergleich. Damit ist die Aussage der damaligen Ministerin Schäfer von 2013, das Etappenziel von 33 Prozent bei der U3-Betreuungsquote sei erreicht worden, erneut eindeutig widerlegt worden.



Die CDU fordert angesichts dieses andauernden Missstandes einen schnelleren Ausbau der Betreuungsplätze, damit NRW endlich die rote Laterne bei der U3-Betreuung abgeben kann. Frau Kampmann muss ihren vollmundigen Ankündigungen nun endlich Taten folgen lassen.

WOHNSITZAUFLAGE FÜR ANERKANNTE FLÜCHTLINGE

Anerkannte Asylbewerber, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, müssen mittels einer Wohnsitzauflage gerecht innerhalb Deutschlands und auch innerhalb Nordrhein-Westfalens verteilt werden können. So können auch die finanziellen Belastungen besser verteilt werden. Vor allem werden die Integrationsmöglichkeiten vor Ort nicht überfordert.

Innenminister Jäger hatte stattdessen erklärt, dass die Ausländerbehörden in den Kommunen bereits jetzt mit der Wahrnehmung der unterschiedlichsten Aufgaben stark belastet sind, sodass eine weitere

Aufgabe, nämlich die Kontrolle und Administration der Wohnsitzauflage, einen weiteren erheblichen Aufwand bedeuten würde. Justizminister Kutscha teilt diese Bedenken offensichtlich nicht und übernimmt die Position der CDU-Landtagsfraktion. Nun ist Ministerpräsidentin Kraft gefordert, in ihren eigenen Reihen für Klarheit zu sorgen.



Foto: © Matthias Stolt - Fotolia

NORDRHEIN-WESTFALEN BRAUCHT PFLEGEKAMMER

Die CDU-Landtagsfraktion will eine starke Pflege mit einer starken Selbstverwaltung und Mitbestimmung der beruflich Pflegenden. Andere Bundesländer haben sich bereits auf den Weg gemacht, die Selbstverwaltung im Pflegebereich durch die Einrichtung einer Pflegekammer zu stärken. Die CDU-Fraktion wird daher einen Antrag einbringen, mit dem die finanziellen und organi-



Foto: © Robert Kneschke - Fotolia

satorischen Rahmenbedingungen verbessert und eine Aufwertung des Berufsbildes sichergestellt wird.

Um die Pflege zu stärken und aufzuwerten, Fachkräfte für den Pflegeberuf zu interessieren und die Qualität für die Pflegenden und die Pflegebedürftigen sicherzustellen, braucht es eine umfassende Beteiligung der beruflich Pflegenden an allen Entscheidungen rund um die Pflege. Dies gilt sowohl für die Pflege in Krankenhäusern wie für die ambulante und stationäre Pflege.

LÖHRMANN VERWEIGERT VOLLE TRANSPARENZ

Schulministerin Löhrmann hat angekündigt, dass sie auch weiterhin den Unterrichtsausfall nur stichprobenartig erheben will und auf umfassende Transparenz verzichtet. Eltern und Lehrer hatten bereits bei der letzten Stichprobe vor einem Jahr an dem Ergebnis von 1,7 Prozent Unterrichtsausfall gezweifelt. Eine eigene Erhebung durch die Landeselternschaft der Gymnasien in NRW e.V. hat diese Zweifel bestätigt. Sie ergab einen durchschnittlichen Unterrichtsausfall in Höhe von 6,4 Prozent in den Klassen 5 bis 9.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert seit langem eine verlässliche und transparente digitale Gesamterhebung des Unterrichtsausfalls. Eine solche digitale Erfassung würde nicht nur Transparenz beim Thema Unterrichtsversorgung ermöglichen, sondern auch wichtige Informationen zur Verbesserung der Situation und zur Steuerung von Gegenmaßnahmen liefern.



Foto: © Kzenon - Fotolia

KOOPERATION STATT KONFRONTATION

Mit dem Entwurf des Landesnaturschutzgesetzes geht Rot-Grün weit über die



bundesgesetzlichen Regelungen hinaus und greift tief in die land- und forstwirtschaftliche Praxis ein. Damit geht Nordrhein-Westfalen wieder einen Sonderweg, der Mehrbelastung bedeutet. Durch ein ganzes Maßnahmenbündel – wie die

Abkehr von der 1:1-Regelung beim Flächenausgleich, die Verdoppelung der Uferlandstreifen und zusätzliche Vorkaufsrechte für Naturschutzverbände – wird der

Landwirtschaft ein massiver Flächenverlust aufgezwungen.

Notwendig ist ein stärkeres Vorkaufsrecht für Landwirte und Waldbauern statt für Behörden und Naturschutzverbände. Angesichts der Flächenknappheit brauchen wir in unserem Land jeden Quadratmeter zur Existenzsicherung unserer sowieso schon wirtschaftlich bedrängten Land- und Forstwirte. Zudem dürfen die Planungsprozesse nicht verlängert werden. Die Trennung der Menschen in „gute Schützer“ und „böse Nutzer“ spielt die Menschen gegeneinander aus. Die CDU steht für Kooperation und einen fairen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten.

GESETZENTWURF ZUR SCHLEIERFAHDUNG GEFORDERT

Die Landesregierung muss schnellstens die Grundlagen für den Einsatz der sogenannten Schleierfahndung schaffen und eine verfassungskonforme Rechtsgrundlage für verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen vorlegen.

Die Polizei in NRW muss besser nach Kriminellen fahnden und Verbrechen bekämpfen können. Die Landesregierung schafft dafür nicht die notwendigen Rahmenbedingungen. Daran ändert auch die Teil-Kehrtwende der Ministerpräsidenten mit ihrem 15-Punkte-Plan nichts. Das kommt zu spät und ist zu wenig.

Die Schleierfahndung hat sich in der polizeilichen Praxis bewährt. Sie ist ein anerkanntes Instrument der Gefahrenabwehr. In Nordrhein-Westfalen darf die Polizei diese Maßnahmen aber nicht anwenden. Dabei hätten verdachtsunabhängige Kontrollen in der Silvesternacht helfen können, die Eskalation auf der Domplatte zu verhindern. Angesichts der zunehmenden Kriminalität und der Verunsicherung der Menschen ist das Nein der Landesregierung zur Schleierfahndung nicht länger hinnehmbar.



Dr. Marcus Optendrenk MdL
 CDU-Kreisverband Viersen
 Goetersstraße 54
 41747 Viersen
 Telefon 02162 - 29011
 Telefax 02162 - 18989
marcus.optendrenk@landtag.nrw.de
www.marcus-optendrenk.de

Dr. Stefan Berger MdL
 CDU-Kreisverband Viersen
 Goetersstraße 54
 41747 Viersen
 Telefon 02162 - 29011
 Telefax 02162 - 18989
stefan.berger@landtag.nrw.de
www.stefan-berger.de